

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung
der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)
am 19. Dezember 2013**

Sachstand zum Friedhofsentwicklungsplan

Der Abgeordnete Herr Imhoff (CDU) hat um einen Bericht zum Sachstand des Friedhofsentwicklungsplanes gebeten.

Sachdarstellung

Der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) ist zuletzt in der Sitzung am 19. Juli 2012 der damalige Sachstand der Friedhofsentwicklungsplanung berichtet worden. Da nach § 2 des Bremischen Ortsgesetzes über den Umweltbetrieb Bremen dieser für das kommunale Friedhofswesen zuständig ist, wurde in dem Bericht dargestellt, dass dem Betriebsausschuss des Umweltbetriebs Bremen dieses Fachkonzept zur Beschlussfassung vorgelegt werden solle.

Dies ist in der Sitzung des Betriebsausschusses am 30.11.2012 erfolgt, indem ein erster Entwurf eines neuen, völlig überarbeiteten Friedhofentwicklungsplanes vorgelegt wurde. Der Betriebsausschuss hat sich inhaltlich zur Vorlage nicht geäußert aber darum gebeten, dass zunächst eine Befassung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) erfolgen solle.

Aufgrund von Presseberichten haben sich einzelne Beiräte bereits vor einer Erörterung in den fachlich zuständigen Gremien und der Einleitung des Beteiligungsverfahrens mit dem Thema befasst und dem Ressort einzelne Beschlüsse übermittelt. Diese werden hiermit der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) zur Kenntnis gegeben:

- Der Beirat **Walle** hat mit Datum 12. Dezember 2012 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Beirat Walle

- 1. Lehnt die geplante Verkleinerung des Waller Friedhofes um 35% ab.*
- 2. Fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, im Senat einen Beschluss zu der folgenden Forderung des Beirates herbeizuführen:
Es ist ein mit den Gewerken, den Beiräten, Anwohnern und Kirchen abgestimmtes Konzept vorzulegen, wie der Friedhof weiterentwickelt werden kann.“*

- Der Beirat **Hemelingen** hat mit Datum 13.12.2012 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Beirat Hemelingen fordert den Senat auf:

1. *Sämtliche Friedhöfe in allen Ortsteilen im Stadtteil Hemelingen in ihrer bisherigen Nutzung zu belassen.*
2. *Zur Erhaltung der Friedhöfe die Entwicklung eines Konzeptes unter Einbeziehung aller Beteiligten zu veranlassen:“*

- Der Beirat **Gröpelingen** hat mit Datum 13.2.2013 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Beirat Gröpelingen spricht sich gegen die Schließung des Friedhofs Gröpelingen aus und fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, dahingehende Planungen zurückzunehmen.

- *Bestattungen sollen nach Auflassung von Gräbern auch künftig möglich sein.*
- *Die Aufstellung von besonders erhaltenswerten Grabsteinen an geeigneter Stelle des Friedhofs soll ermöglicht werden.*
- *Es ist zu prüfen, ob auf dem Friedhof Gröpelingen ein Platz für Stelengräber ausgewiesen werden kann.“*

- Der Beirat **Woltmershausen** hat am 4.3.2013 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Beirat Woltmershausen

1. *lehnt die Schließung des Stadtfriedhofs Woltmershausen ab.*
2. *fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, ein mit den am Friedhof tätigen Unternehmen, den Beiräten, Anwohnern und Kirchen abgestimmtes Konzept vorzulegen, wie der Stadtfriedhof weiterentwickelt werden kann.“*

Das dem Betriebsausschuss im letzten Jahr vorgelegte Fachkonzept wird in diesem Jahr fachlich noch einmal überprüft und weiterbearbeitet. Es ist vorgesehen, die Darstellung der Kernaussagen einer möglichen künftigen Friedhofsentwicklung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) im Februar oder März 2014 vorzustellen.

Diese Entwicklungsszenarien der einzelnen kommunalen Friedhöfe sollen im Anschluss an die Information der Deputation in einem breiten Beteiligungsprozess mit den betroffenen Beiräten und Ortsämtern diskutiert werden. Die anderen Senatsressorts, die Stadtplanung, die Kirchen sowie der Wirtschaftsverband Gartenbau e.V. als Organisation der Friedhofsgärtner, die Steinmetz- und Bildhauer-Innung Bremen und der Bestatterverband sowie der Landesrechnungshof sollen ebenfalls beteiligt werden. Im Anschluss daran soll eine Entscheidungsvorlage erarbeitet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.